Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 59 (1965)

Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : Wettrüsten - Militärzwang ; Churchill, der Kriegsmann ; Die Lehre für uns ; West-Ost-Gespräche ; Neue Gefahren in Südostasien ; Wie steht's mit Ghana?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140972

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

für sich und ihre Kinder auf ehrliche Weise verdienen, dürfen in keiner Weise diskriminiert werden, und sie müssen unter dem gleichen Rechte stehen wie die Schweizer Bürger, denn:

«Einerlei Gesetz sei dem Einheimischen und dem Fremden, der unter Euch wohnt.» *Werner Egli*

WELTRUNDSCHAU

Wettrüsten – Militärzwang Von nichts reden die Staatsmänner aller Länder lieber als von ihrem heißen Willen, einen dauerhaften Frieden in der Welt aufrichten zu helfen. Aber nichts liegt ihnen bei ihrem *Tun* mehr am Herzen, als ihre Völker auf den Krieg vorzubereiten, unter dem uralten, unwahren Vorwand, der Friede sei um so besser gesichert, je besser man für den Kriegsfall gerüstet sei — den man doch gerade mit diesem Wettrüsten am wirksamsten herbeizieht. So hat auch Präsident Johnson in seiner Botschaft zur «Verteidigungspolitik» vom 15. Januar erklärt: «Wir rüsten für den Frieden, nicht für den Krieg» und einen Plan vorgelegt, der für das Finanzjahr 1965/66 Militärausgaben von nicht weniger als 49 Milliarden Dollar (etwa 210 Milliarden Schweizer Franken) vorsieht, was fast der Hälfte aller Ausgaben der Vereinigten Staaten entspricht. Und sein Kriegsminister MacNamara hat versichert, daß die USA mit ihren 1100 Bombern und über 800 Lenkraketen der Sowjetunion weit überlegen sei, habe diese doch weniger als 200 Fernraketen und kaum mehr als 115 Bomber, die zudem nur Kanada und den Nordwesten der Vereinigten Staaten treffen könnten.

Daß die Sowjetunion eben darum alles tut, ihre militärische Schlagkraft zu erhöhen (bei gleichzeitiger Vorlegung immer neuer Abrüstungspläne), darf als selbstverständlich angenommen werden. Auch China hat kürzlich mit der Verlängerung der Militärdienstpflicht auf vier (ja zum Teil auf fünf und sechs) Jahre seine Kriegsbereitschaft verstärkt. Und alle andern Staaten, nicht zuletzt die Schweiz, rüsten nach wie vor immer weiter «zum Frieden», wobei verschiedene von ihnen ihr Augenmerk immer schärfer auf die Entwicklung von Atomwaffen richten. Die Fachleute rechnen bereits damit, daß bis 1970 neun weitere Staaten dem Kreis der bisherigen Atommächte beitreten würden: Indien, Kanada, Westdeutschland, Schweden, Japan, Italien, Israel, Australien und Indonesien. Eine wahrhaft grauenhafte Aussicht!

Wie die Regierungen vor ihren Völkern die Kriegsrüstungen politisch begründen, ist bekannt. Diejenigen der «freien» Nationen sagen: «Wenn wir uns *nicht* bis zu den Zähnen bewaffnen, fallen die kommunistischen Armeen und Luftflotten über uns her und versklaven

uns unbarmherzig.» In den sozialistisch-kommunistischen Ländern erwidert man: «Das ist nicht wahr. Wir *brauchen* gar keinen Krieg, werden in unserem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau durch Militärrüstungen nur aufs schwerste gehindert und erwarten den Sieg des Sozialismus ausschließlich von der Überlegenheit unserer Gesellschaftsform über die kapitalistische im friedlichen Wettbewerb. Aber weil die westliche Welt sich hier unterlegen fühlt, sucht sie uns durch den Zwang zu Kriegsrüstungen zu schwächen und stützt gleichzeitig die kapitalistische und feudalistische Klassenherrschaft in allen Ländern durch massive militärische Untermauerung, bereit, jede Ausdehnung des sozialistischen Herrschaftsbereiches mit Gewalt zu verhindern, ja wenn nötig sogar einen Vorbeugungskrieg gegen den Osten zu führen.»

Unsere Leser wissen, daß wir hier immer die Beweisführung der Ostländer als in der Hauptsache richtig anerkannt haben. Aber darauf kommt es schließlich nicht an. Viel wichtiger ist, daß Millionen von Männern und Frauen auch in den Weststaaten der gleichen Meinung sind wie wir, aber im Kriegsfall gezwungen werden, mit Leib und Leben «die Freiheit gegen die Tyrannei zu verteidigen». Und die Masse der andern, die glauben, nicht der Osten, sondern der Westen sei grundsätzlich im Recht, denkt so nicht aus freier, wohlbegründeter Überzeugung, sondern unter dem Einfluß einer alles erfassenden, riesigen Propaganda, die den Völkern seit Jahrzehnten die Vorstellung beigebracht hat, wenn es Krieg gebe, so könne nur der Kommunismus der Angreifer sein. Wenn es in Wahrheit doch nicht so wäre, müßten die Völker des Westens also im Atomkrieg deshalb untergehen, weil sie einer hypnoseartigen Lügenpropaganda erlegen wären — eine Lage, die auszudenken sich unser ganzes Wollen und Empfinden zutiefst empört. Aber auch wenn die westliche Propaganda die Wahrheit sagte, wäre es ein völlig unwürdiger, widersittlicher Zustand, daß die von ihr beeinflußten Völker geopfert und zuerst die waffenfähigen Männer durch die Militärdienstpflicht zum Kriegführen gezwungen würden, ohne sich durch Nachdenken und Tatsachen vom Recht der Sache ihrer Regierung überzeugt zu haben — einfach im blinden Glauben an die Wahrheit dessen, was ihnen die Politiker, die Zeitungen und das Radio sagen.

Das Gleiche gilt natürlich von den Völkern des Ostens, die womöglich noch weniger als die des Westens die Möglichkeit gehabt hätten, durch *eigenes* Denken und Forschen die Wahrheit über Recht und Unrecht, über die zum Krieg treibenden und die den Frieden wollenden Kräfte herauszubringen. Beim heutigen Massenmenschentum und bei der so unheimlich weit verbreiteten Unlust, ja Unfähigkeit, sich ein selbständiges Urteil über den Gang der Weltpolitik zu machen, ist es ganz in die Hände einer kleinen Gruppe von Männern gelegt, die über die Formung der öffentlichen Meinung gebieten, den Völkern diejenige Darstellung der internationalen Beziehungen

zu vermitteln, die *ihnen*, ihren Absichten und Interessen, zu dienen scheint. Und selbst wenn im letzten Augenblick in den Völkern der Widerstand gegen ihr Los, auf die Schlachtbank geführt zu werden, aufbrechen sollte, so wäre es dazu längst zu spät. Die Kriegsmaschine würde sie mitleidlos packen und zermalmen, ohne daß sie nur im geringsten die Möglichkeit hätten, darüber zu entscheiden, ob sie den Krieg auch *wollten*. Schon aus rein technischen Gründen müßten in den entscheidenden Stunden und Minuten die Entschlüsse zum Einsatz der militärischen Kräfte von einem ganz kleinen Kreis von Männern gefaßt werden, die unmittelbar am Schalthebel stehen und auf den berühmten Knopf drücken können, der die Katastrophe entfesseln würde, von Männern, die, wie Beispiele zeigen, nur zu geneigt wären, militärische Erwägungen über alle andern Rücksichten zu stellen. Solange es Armeen gibt, die auf den Zwang zum Militärdienst beruhen, wird es so bleiben, wie wir es hier in aller Knappheit geschildert haben. Der Militärzwang, diese ungeheuerlichste, abscheulichste Form von Staatstyrannei, die man sich ausdenken kann, ist so die Voraussetzung dafür, daß die Regierungen imstande sind, die Völker in den Krieg zu jagen und sie — bei den heutigen Massenvernichtungsmitteln — körperlich so gut wie vollkommen auszulöschen. Daß es zu diesem eigentlich unglaublichen Zustand kommen konnte und die Völker es sich gefallen lassen, durch gesetzlichen Zwang vor die Aussicht auf einen allzerstörenden Atomwaffenkrieg gestellt zu sein, *das* ist der große Wahnwitz unserer «aufgeklärten» Zeit. Militärdienstverweigerung in Massen wäre natürlich das radikalste Gegenmittel gegen die tödliche Gefahr, in der wir alle schweben.

Allein wie viele Tapfere entschließen sich zu diesem Schritt? Es ist — in «normalen» Zeiten wenigstens — immer nur eine kleine Handvoll von Männern, die zu den Opfern bereit ist, welche die Auflehnung gegen die Vergewaltigung des Einzelgewissens durch eine despotische, sich aber demokratisch verkleidende Staatsmacht fordert. Ehre diesen Männern, wo sie immer aufstehen! Solange ihrer aber nicht viel mehr sind, müssen wir andern alle wenigstens den dämonischen Mächten entgegentreten, die die gesunden Männer für den erzwungenen Militärdienst bereit machen und das übrige Volk in die Kriegsmaschine pressen: dem Gewaltglauben, der nationalen Selbstsucht, der kapitalistischen Erwerbsgier und der ganzen modernen Genuß- und Vergnügungssucht, in den westlichen Ländern namentlich auch dem gemeinen Antikommunismus, der die Menschen so gedankenlos und brutal macht. Wir müssen die wirklichen Zusammenhänge in den Völker- und Staatenbeziehungen klarstellen und die Lüge zu zerstören trachten, daß Krieg und Kriegsrüstungen jemals Sache der anständigen und bescheidenen Volksmehrheit sein könnten, wo sie doch immer — wenn man weiter zurückgeht als auf die Lage des Augenblicks — die Folge und das Werkzeug von Macht- und Geldinteressen einer herrschenden Minderheit sind. Wird uns solche Auf-

klärungs- und Erziehungsarbeit noch rechtzeitig vor einem dritten Weltkrieg retten?

Churchill, der Kriegsmann Aber ist nicht, so fragt man vielleicht, der Zweite Weltkrieg einer der überzeugendsten Beweise dafür, daß Krieg und Kriegsrüstung oft im höchsten Maße doch eine Sache der Völker selbst sein können und müssen? Ist nicht *Winston Churchill* jetzt darum unter so einzigartig-überschwenglicher Anteilnahme der ganzen «freien Welt» zu Grabe getragen worden, weil er in entscheidender Weise den Widerstand der gesitteten und friedliebenden Völker gegen Hitlers Eroberungskrieg angefeuert und organisiert hat?

Gemach! Churchill *hat* das große Verdienst, maßgebend zum Sieg der Verbündeten über Nazismus und Faschismus beigetragen zu haben; diesen Ruhm wird ihm niemand nehmen wollen. Aber zwei Tatsachen wollen wir dennoch nicht vergessen. Einmal: Den Sieg über Hitler (und Mussolini) verdankt die Welt in besonders hohem Grad auch der Sowjetunion und ihren Führern, Stalin an der Spitze. Es ist einfach Geschichtsfälschung, wenn jetzt in zahllosen Nachrufen auf Churchill vor allem, ja fast ausschließlich *er* als der «Baumeister des Sieges» im Zweiten Weltkrieg gefeiert wurde, während die Leistung der Sowjetunion, die viel schwerere Opfer gebracht und Leiden erduldet hat als Churchills England, entweder ganz übergangen oder dann nur höchst beiläufig erwähnt wurde. Zweitens aber: Daß es überhaupt zum Zweiten Weltkrieg kommen konnte, ist wesentlich *die Schuld der kapitalistisch-gegenrevolutionären Politik*, die die Regierungen der «freien» Völker nach dem Ersten Weltkrieg zwei Jahrzehnte lang betrieben haben, einer Politik, zu deren ersten Vorkämpfern kein anderer gehörte als Winston Churchill. Faschismus und Nazismus konnten nur auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft groß werden, wenn sie auch gewiß nicht *nur* hierin ihre Wurzeln hatten. Konni Zilliacus, der britische Labourpolitiker, hat vollkommen recht, wenn er in seinem Buch «Mirror of the Present» besonders die unheilvollen Wirkungen der jahrelangen kriegerischen Bekämpfung der russischen Revolution durch die vereinigte west-östliche Reaktion hervorhebt. «Das alliierte Eingreifen (nach 1917) hatte den Erfolg, daß es die soziale Revolution in Europa niederschlug und den Kapitalismus wiederaufrichtete; dadurch wurden die Bedingungen geschaffen und erhalten, die Hitler und Mussolini instand setzten, zur Macht aufzusteigen, aufzurüsten, mit den japanischen Imperialisten zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit ihnen den Zweiten Weltkrieg in Raten zu führen, von 1931 bis zum großen Ansturm von 1939.»

Mit Händen zu greifen war damals namentlich die tätige und duldende Begünstigung, die der *Faschismus und Nazismus* fast durch das ganze kapitalistische Bürgertum und seine «demokratischen»

Regierungen erfuhr. Es hätte vollständig in der Macht der übrigen Staaten, besonders Englands und Frankreichs, gelegen, Hitlers Aufrüstungs- und Ausdehnungspolitik und den Zweiten Weltkrieg selbst zu verhindern, wenn sie die von Deutschland her drohende Gefahr erkannt und ihre Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund erfüllt hätten, so wie das die Sowjetregierung immer wieder verlangte. Aber das vermeintliche Klasseninteresse der Träger der bürgerlich-kapitalistischen Ordnungen verblendete die außerrussische Welt derart, daß sie Hitler und Mussolini — namentlich seit dem von ihnen unterstützten Krieg Francos gegen die spanische Republik — freie Hand für ihre verbrecherischen Pläne ließen und hofften, der deutsche Ausdehnungsdrang werde sich nur nach Osten richten, wobei sich das Dritte Reich und die Sowjetunion gegenseitig zerfleischen, ja umbringen würden, wie das der spätere Präsident Truman (wenn ich nicht irre) ganz offen aussprach.

Das Ende dieses Weges kennen wir. Aber nun das Wichtige: Churchill hat die ganze geschilderte Politik der Westländer an maßgebender Stelle lange Zeit mitgemacht und angetrieben. Erst als es schon zu spät war, um den Krieg zu verhindern, warnte er vor Hitler, ergriff dann 1940 selbst das Steuer des britischen Staatsschiffes und tat das, was wir Kleinen an unserem Ort — wenngleich ohne kriegerische Mittel — auch getan haben: Er leistete dem deutschen Wahnwitzunternehmen Widerstand und half mit seinem unbändigen Tatwillen und Kriegertum mit, das deutsche Weltmachtstreben wenigstens vorläufig zu brechen. Er tat das nicht in erster Linie aus einer Gesinnung, die der faschistisch-nazistischen Geisteshaltung *grundsätzlich* widerstrebte, sondern als Geschäftsführer des britischen Weltreiches und seiner herrschenden Klasse. Väterlicherseits der englischen Feudalaristokratie entsprossen und von der Mutter her — der Tochter eines durch Finanzspekulationen und Rennsport reich gewordenen amerikanischen Börsenmannes — mit dem kapitalistischen Großbürgertum eng verbunden, verkörperte er wie wenige andere Große seiner Zeit so recht den britischen Imperialismus und Kolonialismus. *Das* war die Welt, in der er lebte, und Kriegführen war von Jugend auf das Element, in dem er sich am wohlsten fühlte, auch das Kriegführen gegen die Arbeiterklasse und dann besonders gegen die sozialistische Revolution. Er bewies das schon als Innenminister in zwei berühmt gewordenen Arbeitskämpfen (dem Streik der hungrigen Bergarbeiter von Wales und demjenigen der britischen Eisenbahner in den Jahren 1910 und 1911) und dann in großem Maßstab als einer der Führer der Interventionskriege gegen die junge Sowjetunion, denen sich dann die Hungerblockade gegen das russische Volk anschloß.*

---

* Daß Churchill auch auf seinem ureigensten Fachgebiet, beim Kriegführen, oft genug schwer irrte und verhängnisvolle Fehlleistungen (um das Mindeste zu sagen) fertigbrachte, sei nur nebenbei erwähnt. Im Ersten Weltkrieg brach ihm

Die Lehre für uns Dem nach dem Ersten Weltkrieg aufgekommenen italienischen Faschismus spendete Churchill begeistertes Lob, so wie er bei einem Besuch in Rom auch selbst von Mussolini und seinen Leuten maßlos gefeiert wurde. In einer Pressekonferenz sagte er damals ganz offen: «Wäre ich Italiener gewesen, so wäre ich bestimmt von ganzem Herzen mit euch gewesen, von Anfang bis zum Ende, in eurem triumphalen Kampf gegen die tierischen Begierden und Leidenschaften des Leninismus ... Nach außen hin hat eure Bewegung der ganzen Welt einen Dienst geleistet ... Italien hat gezeigt, daß es einen Weg gibt, die Umsturzkräfte zu bekämpfen ... Es hat das notwendige Gegenmittel gegen das russische Gift geliefert.» Kein Wunder, daß Churchill auch für Hitler persönlich die größte Bewunderung hegte, obwohl er, je länger Hitler am Ruder war, desto mehr Furcht vor seiner Machtpolitik bekam. Die Art und Weise, wie «der Gefreite Hitler seine lange, ermüdende Schlacht um das deutsche Herz» führte, tat es ihm zuinnerst an. «Die Geschichte dieses Kampfes», so schrieb er 1935 in «The Strand Magazine», «kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen und zu versöhnen.» Und 1937, in einem Aufsatz «Hitler und seine Entscheidung» bekannte er: «Man mag Hitlers System verwerfen und kann doch seine patriotische Leistung bewundern. Sollte unser Land je besiegt werden, so hoffe ich, daß wir einen ebenso bewundernswerten Vorkämpfer finden werden, der unsern Mut wieder aufrichtet und uns wieder auf unseren Platz unter den Völkern führt.»
Aber auch mit der Ablehnung von Hitlers System war es, wie schon erwähnt, lange Zeit bei Churchill nicht sehr weit her. Er war immerhin vor dem Krieg fünf Jahre lang britischer Schatzkanzler; aber, so stellt Emrys Hughes in seinem Buch «Winston Churchill in War and Peace» fest, «es gibt keine Anhaltspunkte, daß er während dieser Zeit selbst sehr tätig gewesen wäre im Bestreben, die Richtung der britischen Politik gegenüber Deutschland zu ändern und die Beschwerden abzustellen, die Hitler ausgebeutet hatte. Er hatte zu viel zu tun mit seinen hysterischen Feldzügen gegen Rußland.»

Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg nahm Churchill diese Tätigkeit neuerdings in großem Stil auf. Seine Reden gegen die «kommunistische Gefahr», in Fulton, Zürich, London, Boston usw. gehalten, trieben den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion an wie kaum etwas anderes und suchten — zum Glück vergebens — die Westmächte zur Ausnützung ihres damaligen Alleinbesitzes atomarer Waffen aufzustacheln. Und ebenso vergebens bemühte er sich im Wahlkampf von

— bildlich gesprochen — das Gallipoli-Abenteuer den Hals; im Zweiten war seine grausamste Tat die von ihm erzwungene Zerstörung Dresdens und Hamburgs (mit 130 000 militärisch nutzlos geopferten Menschen), während sein Plan, die deutsch-italienische Front vom Balkan her aufzurollen, zum Glück nicht durchdrang.

1945, dem britischen Volk das Gruseln vor einem Sieg der Labourpartei beizubringen. Sein Schlagwort «Gestapo in England, wenn die Sozialisten gewinnen» verfing nicht mehr, und auch als er sechs Jahre darauf ein letztes Mal die Führung einer britischen Regierung übernahm, blieb es ihm versagt, der Politik seines Landes aufs neue den Stempel seines Geistes aufzudrücken. Seine Zeit war vorbei. Das britische Weltreich war in voller Auflösung, in voller Umbildung zu dem lockeren Staatenbund des Commonwealth begriffen. Für die treibenden Kräfte unserer Zeit hatte Churchill eben nie Verständnis gehabt, namentlich auch nicht für die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker, war ihm doch beispielsweise Gandhi nicht mehr als ein «aufrührerischer Fakir», der unverantwortliche Umsturzpropaganda östlichen Schlages trieb. Und wenn es auch ein übertreibendes Scherzwort war, das Churchill einmal einen «großen Staatsmann des 18. Jahrhunderts» nannte — ein gutes Stück ernster Wahrheit lag dennoch darin. Auf jeden Fall war ihm die Welt des Sozialismus nicht nur völlig fremd, sondern tief verhaßt, und wenn es nach ihm gegangen wäre, so hätte der Antikommunismus, den er predigte, schon längst zu einem dritten Weltkrieg geführt.

So weit ist es nun freilich nicht gekommen. Aber die Geister und Kräfte, die er in seinen Kreuzzugsreden und in seinen gegenrevolutionären Unternehmungen anrief, sind unter uns noch immer lebendig — und wie! Sie sind in England selbst am Werk, aber noch viel mehr in Westdeutschland und Amerika und drängen zur Tat. Churchill selbst hat, nachdem er Hitler und Mussolini hatte den Boden bereiten helfen, noch eben rechtzeitig umgelernt und dazu beigetragen, daß wenigstens das Allerschlimmste vermieden wurde. Im Abwehrkampf gegen die Gefahr, daß die gegenrevolutionären Mächte auch noch einen dritten Weltkrieg entfesseln werden, können wir aber nicht mehr auf einen Churchill Nr. 2 zählen. *Wenn* die Atomkatastrophe über uns kommen sollte, wäre es zur Rettung vor dem Untergang schon zu spät; ihr Ausbruch selber wäre schon das Ende. Sie *darf* nicht ausbrechen. Was die Völker in den zwanziger und dreißiger Jahren schuldhaft versäumt haben, die Kriegskräfte durch wachsames, tatkräftiges Zusammenstehen an die Kette zu legen, das darf sich in den sechziger Jahren nicht wiederholen. Die gleichen Mächte, die den Zweiten Weltkrieg verschuldet haben, sind, zeitgemäß verkleidet, noch immer unheimlich tätig und benebeln die Völker. Wenn sie nicht uns alle verderben sollen, müssen gerade diejenigen Kräfte erwachen und wirksam werden, die Churchill ein Leben lang bekämpft hat: die volkstümlich-sozialistischen, bedingungslos friedenswilligen Kräfte in allen Ländern und Erdteilen. *Diese* Lehre den Menschen einzuprägen, wäre unendlich nötiger gewesen als die Überschwemmung der Welt mit einer Riesenpropaganda für den westmächtlichen «Kriegshelden» der vierziger Jahre, der mit all seiner wilden Energie keine einzige der wirklichen Fragen lösen konnte, die unserer und

auch schon seiner Zeit gestellt waren, sondern eher zu ihrer Verdunkelung und Verwirrung beigetragen hat.

West-Ost-Gespräche Leider ist von der britischen *Labourregierung* vorderhand nicht viel Antriebskraft für die Überwindung des Kalten Krieges zu erwarten. Es mag dies zum Teil mit den innerpolitischen Schwierigkeiten zusammenhängen, die sie zu bewältigen hat, vor allem mit der Abschüttelung der bösen Erbschaft, die ihre konservative Vorgängerin ihr hinterlassen hat. Erst wenn sich Englands Wirtschaftslage zu bessern beginnt, wird die Regierung Wilson etwas von den kühnen Neuerungen durchzusetzen vermögen, die sie im Wahlkampf versprochen hat, zumal die Labourmehrheit im Unterhaus durch eine unglückliche Nachwahl nunmehr bloß noch drei Mann umfaßt. Das mag auch ihre außenpolitische Tätigkeit einigermaßen erschweren, hütet sie sich doch ängstlich, der Opposition Anlaß zum Vorwurf mangelnder nationaler Zuverlässigkeit zu geben. Indessen haben Wilson und seine Mitarbeiter auch von sich aus wenig Bedürfnis, der von Amerika beherrschten Politik der Westmächte eine andere Wendung zu geben. Das Höchste, was man von ihnen für die nächste Zeit erhoffen darf, ist die Bremsung der *westdeutschen* Betriebsamkeit auf dem Felde der west-östlichen Beziehungen. Mit ihrem Bemühen, die Bundesrepublik von der Mitverfügung über Atomwaffen fernzuhalten und womöglich eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen wie auch mit ihrer Abneigung gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich denn auch die Labourregierung berechtigtes Mißtrauen in Bonn erworben, und es wird Harold Wilson nicht leicht fallen, bei seinem bevorstehenden Besuch bei Erhard und Schröder das bekannte «herzliche Einvernehmen» herzustellen, das jeweils bei Ministerbesuchen als Hauptergebnis der Besprechungen verkündet wird.

Die Frage ist nur, ob die westdeutsche Regierung bei ihrer Deutschland- und Europapolitik auch fernerhin so starke Rückendeckung von *Amerika* her bekommen wird, wie sie das verlangt. Die neue «Initiative» für die Lösung der Wiedervereinigungsfrage, die man in Bonn mit einsichtsloser Starrköpfigkeit betreibt, findet ja nach wie vor in Washington nicht mehr Anklang als in London. Zuerst grundsätzliches Einverständnis mit Moskau über die Unantastbarkeit der seit Kriegsende bestehenden Machtverteilung in Mittel- und Osteuropa und dann erst Aufrollung der Wiedervereinigungsfrage — das ist offenbar auch die Richtlinie der amerikanischen Europapolitik geworden. Und wenn man in Bonn nicht Gefahr laufen will, daß sich Washington mit Moskau ohne Rücksicht auf die Bundesrepublik einigt, so *muß* man mit dem geplanten Vorstoß gegen Moskau behutsam verfahren, auch wenn er nur als Trumpfkarte im Blick auf die kommenden Wahlen zum Bundestag gemeint ist.

Es nützt Erhard auch nicht viel, daß er nach Paris geflogen ist und

sich angeblich de Gaulles Mitwirkung bei seiner Deutschlandinitiative gesichert hat. Er weiß gut genug, daß hinter jedem scheinbaren Entgegenkommen der französischen Staatsführung deren Entschlossenheit steht, eine europäische Einigung *ohne* die Vereinigten Staaten herzustellen — eine Absicht also, die dem ganzen Kurs der bundesrepublikanischen Politik schlechthin zuwiderläuft.* In Bonn hat man darum einfach keine andere Wahl, als sich irgendwie der amerikanischen Linie anzupassen und die alldeutschen Forderungen auf Umstürzung der jetzigen Machtverhältnisse in Osteuropa in den Kamin zu schreiben, falls man es nicht darauf ankommen lassen will, sowohl von Washington als auch von Paris «verraten» zu werden. Es ist so, wie in der westdeutschen Illustrierten «Stern» deren außenpolitischer Mitarbeiter Haffner unlängst geschrieben hat: Die vier Großmächte — USA, England, Frankreich und die Sowjetunion — sind sich spätestens seit 1963 einig, daß sie «in Europa Frieden brauchen». Sie verlangen «von ihrem jeweiligen deutschen Verbündeten, das einzusehen und mitzumachen und dabei zu helfen. Die DDR tut das, aber die Bundesrepublik stellt sich taub und legt sich quer. Das nützt der DDR und ‚wertet sie auf'; die Bundesrepublik schneidet sich damit ständig nur ins eigene Fleisch.» Denn je länger sie sich weigere, «bei einer Ost-West-Befriedung unter den heute allein möglichen Bedingungen mitzuarbeiten, um so mehr wächst die Neigung, diese Befriedung eines Tages über ihren Kopf und auf ihre Kosten herbeizuführen.»

Neue Gefahren in Südostasien

In *Südvietnam* ist im ganzen die Kriegslage unverändert. Ein Militärputsch löst zwar den andern ab, doch gelingt es weder eine halbwegs achtunggebietende Regierung auf die Beine zu stellen noch der Volksarmee des Vietcong irgendwie namhafte Gebietsteile zu entreißen, die sie besetzt hält. Von einem Rückzug der Amerikaner ist trotzdem vorderhand keine Rede, so daß die Gefahr einer Kriegsausdehnung nach Nordvietnam weiterbesteht. Ob aber ein amerikanischer Schlag gegen Nordvietnam, wie man in Washington anzunehmen scheint, die südvietnamische Befreiungsfront wirklich zu Verhandlungen über eine Neutralisierung des Landes reif machen und

* Wie wenig de Gaulle bereit ist, auf die von Bonn geforderte «Deutschlandinitiative» einzutreten, hat er auch an seiner jüngsten Pressekonferenz klargemacht. Er hat zwar die Einigung Deutschlands als für die friedliche Entwicklung Europas notwendig anerkannt, erklärte aber als Voraussetzung dafür, daß sich zuerst die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einigen, der die Grenzen Deutschlands und seine Bewaffnung festlegen müsse. Also nicht umgekehrt (wie man in Bonn will): zuerst Annexion Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik «in Frieden und Freiheit» und dann Verhandlungen über die west-östliche Entspannung, die natürlich gerade durch die «Lösung» der Vereinigungsfrage nach westdeutschem Rezept unmöglich gemacht würde.

einen späteren Rückzug der USA-Armee «ohne Verlust des Gesichts» erlauben würde, muß doch sehr bezweifelt werden. Seit der Niederschrift unserer Weltrundschau ist die *Lage in Vietnam* noch gefährlicher geworden als vorher. Da die Amerikaner mit dem Volksaufstand gegen die reaktionäre und grundverderbte Regierung Südvietnams nicht fertig werden, bestrafen sie jetzt *Nordvietnam* mit «Vergeltungsschlägen» für Angriffe der Aufständischen in Südvietnam. Der Vietcong erhält gewiß Unterstützung aus Nordvietnam, aber sie ist unvergleichlich geringer als die Unterstützung, die Südvietnams Regierung aus den Vereinigten Staaten erhält. Und moralisch haben die Nordvietnamesen hundertmal mehr Recht, ihren Volksgenossen im Süden zu helfen, als die Amerikaner ein Recht haben, mit jetzt 23 000 Mann und täglich 2 Millionen Dollar der Regierung von Saigon zu helfen, den Volksaufstand zu unterdrücken. Die Amerikaner stehen in Südvietnam (wie früher in Laos) unter Mißachtung des Genfer Indochinaabkommens von 1954 und haben auch dessen Forderung, eine Volksabstimmung in ganz Vietnam abzuhalten, planmäßig hintertrieben. Nordvietnam wird darum kaum vor den USA die Waffen strecken und den Vietcong der amerikanischen Übermacht ausliefern. Was aber dann? Die Haltung Chinas und der Sowjetunion ist noch undurchsichtig, doch steht schon heute fest, daß die USA Russen und Chinesen wieder einander viel näher gebracht haben, als das noch vor kurzem der Fall war. Wir verfolgen aber mit besorgter Spannung die weitere Entwicklung in Südostasien und können nur hoffen, daß aus diesem Raum nicht die Flammen eines weltumfassenden Totalkrieges herausschlagen.

Inzwischen steigen aus dem Streit zwischen *Indonesien* und *Malaysia* neue Wolken auf, die nicht nur den südostasiatischen Himmel zu verfinstern drohen. Was steht eigentlich hinter diesem Streitfall? Indonesien und sein Diktator Sukarno erklären, gegen den britischen Neukolonialismus zu kämpfen, der von Malaysia her die Einheit und Wohlfahrt der indonesischen Völker bedrohe. Und tatsächlich hat England auch nach der Gründung eines völkerrechtlich unabhängigen malaysischen Staatenbundes große wirtschaftliche Interessen an Gummi, Zinn und Öl in diesem Raum zu verteidigen, so wie es in Singapur auch einen der letzten Flotten- und Militärstützpunkte seines ehemaligen Imperiums besitzt. Aber das Verhältnis Malaysias zu Großbritannien zu ordnen, ist ausschließlich Sache seines eigenen Volkes; für Indonesien ist Malaysia jedenfalls keine Bedrohung, auch wenn die beiden Sultanate Sabah und Sarawak im Norden der indonesischen Insel Borneo auf Grund von Volksabstimmungen dem malaysischen Bund beigetreten sind.

Warum die Regierung Sukarno trotzdem Malaysia zum Kampf herausgefordert hat, dürfte seine Ursache vor allem in ihrem Streben haben, ihr Volk von den wirtschaftlichen Nöten abzulenken, in denen

es leben muß, besonders von der rasch ansteigenden Teuerung, die allmählich ein fast unerträgliches Maß angenommen hat. Dazu kommt Sukarnos ehrgeiziger Traum, alle malaischen Völker unter indonesischer Vorherrschaft zu vereinigen. Es handelt sich hier, so schreibt I. F. Stone in seinem «Weekly» (Washington, 18. Januar), um einen Raum, «in dem die malaischen Völker auf den Philippinen von den Spaniern unterworfen wurden, von Holland in der indonesischen Inselgruppe und von Großbritannien auf der malaischen Halbinsel. Wir haben die Spanier aus dem ersten Gebiet vertrieben und übernahmen das zweite von den Holländern, wenn auch in einer viel schwächeren Form, und jetzt werden wir von den Engländern um Hilfe zur Behauptung ihrer Stellung in Malaia angerufen.» Die Vereinigten Staaten bleiben aber gegenüber England ebenso kühl-zurückhaltend wie gegenüber Holland in seinem Kampf mit Sukarno, haben sie doch nun selber bedeutende Wirtschaftsinteressen in Indonesien zu wahren und wollen verhindern, daß Sukarno die amerikanischen Ölgesellschaften enteignet und das Öl an China verkauft; denn hinter Sukarno steht eben recht offensichtlich *China*, obschon Indonesien vor wenigen Jahren die 2 Millionen Chinesen ausgeplündert und verjagt hat, die in der indonesischen Wirtschaft, namentlich im Handel, eine beherrschende Rolle gespielt hatten, während die Sowjetunion zwar — wie Amerika — Indonesien militärisch unterstützt, aber im übrigen gegenüber der indonesischen Außenpolitik eher Abstand hält, besonders seit Indonesiens Austritt aus der Organisation der Vereinten Nationen. Was China auf weitere Sicht erstrebt, ist noch unklar; die Vermutung liegt jedoch nicht abseits, daß es nach der Verdrängung der Engländer und Amerikaner aus Südostasien selber die Vormacht in diesem ganzen Weltteil zu werden hofft. Bereits redet man ja schon überall von der Absicht Pekings, zusammen mit Indonesien und andern befreundeten Staaten eine *Gegenorganisation* gegen die Vereinten Nationen aufzubauen, die der «alten» UNO wirklich schwer hinderlich werden und die internationalen Spannungen bedenklich verschärfen müßte.

Es ist darum höchste Zeit, China endlich in die UNO aufzunehmen und Tschiang Kai-scheks Taiwan (Formosa) sich selber zu überlassen. Wenn schon das, was in Vietnam und Laos geschieht und sich neuerdings zwischen Indien und China vorbereitet, die Vereinigten Staaten nicht zum Verstand zu bringen vermag, sollte doch die gefährliche Entwicklung, die sich um Indonesien herum abzeichnet, eine ernüchternde Wirkung auf die Washingtoner Politiker haben. Wohl lassen die Vereinigten Staaten der Regierung Sukarno militärische Hilfe zukommen in der Absicht, deren Stellung gegenüber der mächtigen Kommunistischen Partei Indonesiens und damit auch gegenüber China zu festigen. Aber all die Dollarmilliarden, die sie in diese Unterstützung gesteckt haben, wären verloren, wenn Indonesien zusammen mit China einem «Weltbund der unterentwickelten Staaten»

beiträte. Es würde dann nicht lange gehen, bis Sukarno von «seinen» Kommunisten überspielt würde und Indonesien vielleicht geradezu ein kommunistisches Regime bekäme. Ob man in Washington diese Möglichkeit (die in den «U. S. News and World Report» vom 25. Januar bereits im Ernst erörtert wird) wirklich nicht sieht?

Der britischen Regierung stellt sich für Friedensverhandlungen mit Indonesien und für eine Vermittlung zwischen Amerika und China auf alle Fälle eine ebenso dankbare wie dringende Aufgabe. Und auch die Sowjetregierung hat allen Anlaß, die Bildung einer Gegen-UNO verhindern zu helfen; ihr Konflikt mit Peking würde durch eine solche Gründung nur neuerdings und vielleicht unheilbar verschärft, zumal die Chinesen sich weigern, an der nach Moskau einberufenen Weltkonferenz der kommunistischen Parteien teilzunehmen, die, wie sie sagen, nicht eine einzelne Landespartei von sich aus anordnen dürfe. Ja, wenn es gar richtig sein sollte, was dem «New Statesman» (15. Januar) aus Rom berichtet wird, daß nämlich die Chinesen von der Sowjetunion die förmliche Preisgabe der Koexistenzpolitik und die rückhaltlose Unterstützung aller militärischen Unternehmungen in Vietnam und Malaysia, wahrscheinlich auch in Korea und Indien, verlangen, dann stünde man bereits am Vorabend eines kaum mehr heilbaren Bruches zwischen Moskau und Peking, der über Ost- und Südostasien hinaus den Gang der Weltpolitik aufs stärkste beeinflussen müßte — aber kaum zum Nutzen des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Wie steht's mit Ghana? Einer der eifrigsten Parteigänger Chinas (wenn man ihn als radikalen Gegner allen Kolonialismus so heißen darf) ist der Staatspräsident von *Ghana*, Kwame Nkrumah. Er und sein Regime sind denn auch besonders in den Ländern Westeuropas und Amerikas dauernd heftigen Angriffen ausgesetzt. Der frühere Leiter der Opposition gegen Nkrumah, Dr. Busia, führt sogar einen regelrechten Propagandafeldzug in den Ländern der «freien Welt» gegen Nkrumah und ist letzthin auch nach Zürich zu einem Vortrag eingeladen worden, in dem er offenbar recht erfolgreich Stimmung gegen seinen Widersacher gemacht hat. Auf jeden Fall gilt Ghana weit herum als kommunistenfreundlicher Terrorstaat, der ein Herd gefährlicher ausländerfeindlicher Entwicklungen für ganz Afrika sei.

Dr. Nkrumah führt allerdings ein scharfes Regiment in dem von ihm in erster Linie mitgeschaffenen jungen westafrikanischen Staat; die Opposition ist zum Schweigen gebracht, und ihre Führer sind entweder ins Gefängnis gesteckt oder zur Flucht ins Ausland gezwungen worden. Aber ist das so verwunderlich nach den verschiedenen Anschlägen auf das Leben Nkrumahs und angesichts der planmäßigen Ausbeutung alter Stammesgegensätze und primitiven Vorurteile gegen

die neue Ordnung durch Nkrumahs Gegner? Es wird in Ghana nicht anders sein als in den meisten unterentwickelten Ländern, die «durch Nacht zum Licht» streben: Die wirtschaftliche und soziale Revolution, auf die sie sich mit vollem Recht eingelassen haben, ist mit den sogenannten demokratischen Spielregeln, die in den fortgeschrittenen Industrieländern gelten, einfach nicht durchzuführen; dazu braucht es eine straff zusammengefaßte Staatsgewalt, die sich ihr Erneuerungswerk nicht durch hunderterlei Widerstände lähmen und verderben lassen kann, auch wenn damit keineswegs irgendeine Willkür- und Schrekkensherrschaft gerechtfertigt werden kann.

Es ist so, wie Basil Davidson, der verdienstvolle Förderer der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen, in seinem neuen Buch «Which Way Africa?» («Afrika, wohin?») schreibt: Nur diejenigen, die es vorziehen, daß Ghana hätte ein Gemengsel von überlieferten kleinen Stätchen ohne wirksame Zentralgewalt bleiben sollen, können gerechterweise Nkrumahs Einigungspolitik tadeln ... Wenn man die Zerschlagung einer oft gewalttätigen und reaktionären Minderheit von Sonderbündlern in einem neuen Staat auf die gleiche Stufe stellen will wie das Vorgehen von Verwoerds Regiment in Südafrika, bei dem ein Fünftel der Bevölkerung vollständig und dauernd Herr über die andern vier Fünftel bleiben soll, so kann das im besten Fall nur als komisches Mißverständnis der Wahrheit angesehen werden.»

Ghana ist unter Nkrumah unzweifelhaft zu einem der verheißungsvollsten afrikanischen Neustaaten geworden. Es vollzieht seine Industrialisierung und seine landwirtschaftliche Modernisierung im Rahmen einer Ordnung, die zielklar dem Sozialismus zustrebt. Bisher ist es freilich noch eine gemischt gemein- und privatwirtschaftliche Besitz- und Unternehmungsform, die in Ghana vorherrscht, mit weitgehender Beteiligung ausländischen Kapitals. Früher wanderte etwa die Hälfte der Gewinne aus den Bergwerken der Goldküste (wie die britische Kolonie hieß) ins Ausland; 1960 sind aber, gegen anständige Entschädigung, fünf Bergwerksunternehmungen in Staatsbesitz übergeführt worden und erzeugen heute über die Hälfte von Ghanas Gold. Die Landwirtschaft ist mit Hilfe von über hundert Staatsgütern ganz umgestaltet worden. Gewerbe und Handel sind, großenteils durch genossenschaftliche Betriebsformen, erneuert und leistungsfähig gemacht und die Arbeitslosigkeit ist wirksam bekämpft worden. Noch vor 1970 wird Ghana zwanzigmal soviel elektrische Kraft erzeugen wie jetzt, nicht zuletzt dank der Schaffung des größten künstlichen Sees der Welt. Dadurch wird Ghana in der Lage sein, nicht nur 10 000 Tonnen Fische im Jahr zu gewinnen, sondern auch Eisen auszuführen und Reis zu erzeugen, vielleicht auch neue Industrien ins Land zu ziehen.

Das alles sind gewaltige Leistungen; sie gehören wohl zu den größten in der ganzen Geschichte Westafrikas. Verglichen mit Nigeria, das, wie man gesagt hat, eher dem Amerika des 19. Jahrhun-

derts ähnlich ist, wird die Zukunft Ghanas entschieden fortschrittlichere Züge aufweisen und ausgesprochen sozialistisch geprägt sein. Seine Bevölkerung (sieben Millionen) hat eine Lebenshaltung erreicht, die zu den höchsten in Afrika gehört; und was ihren Bildungsstand anlangt, so ist schon die Tatsache, daß allein im Jahr 1962 rund tausend Primarschulen eröffnet wurden, bezeichnend genug. Sie steht darum, wie auch ausländische Beobachter feststellen, in ihrer großen Mehrheit fest zu Nkrumah, der in ganz Afrika das Sinnbild und die Verkörperung des Aufstiegs- und Unabhängigkeitswillens des schwarzen Erdteils ist. Haben nicht auch wir «hochgesitteten» Europäer allen Grund, dieses junge Ghana zu bewundern und nach Kräften seine ungestörte Entwicklung zu fördern?

5. Februar *Hugo Kramer*

RELIGIÖS-SOZIALE VEREINIGUNG DER SCHWEIZ
VEREINIGUNG DER FREUNDE DER «NEUEN WEGE»

Jahresversammlung

Sonntag, den 14. März 1965, 10 Uhr,
im Hause des VHTL, Birmensdorferstraße 67, Zürich (beim Bahnhof Wiedikon),
5. Stock, Versammlungssaal (Lift).

Vortrag von Herrn *Heinrich Buchbinder*, Zürich:

Atomfreie Zone in Mitteleuropa — Ein Weg zur Abrüstung

Was sagt die Schweiz dazu?

Jedermann ist herzlich willkommen. Freie Aussprache.

Hierdurch sei bekanntgegeben, daß Sonntag, den 28. Februar 1965, im Anschluß an die Mitgliederversammlung der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit, im Hause «Zum Korn», Birmensdorferstraße 67 (Sitzungssaal im 5. Stockwerk, Lift!), ab 16 Uhr ein Lichtbildervortrag von Pfarrer Willi Kobe stattfindet: «Blicke hinter den Eisernen Vorhang». Jeder Interessierte ist freundlich willkommen.